

«Heute passieren im Finanzsektor unglaubliche Sachen»

Faire Löhne Obwohl der LANV in den roten Zahlen steckt, will der oberste Gewerkschafter Liechtensteins kein Personal abbauen. Der LANV soll keine Pseudo-Gewerkschaft sein, sagt Sigi Langenbahn. Er kritisiert derzeit die Dumpinglöhne in der Gastronomie und im Finanzsektor.

MIT SIGI LANGENBAHN
SPRACH DOROTHEA ALBER

Herr Langenbahn, der LANV setzt sich stark für einen Mindestlohn ein. Warum sollte man auf diese Weise in den Arbeitsmarkt eingreifen?

Sigi Langenbahn: Wir setzen uns in erster Linie für gesamtarbeitsvertragliche Mindestlöhne ein, die branchenspezifisch unter den Sozialpartnern ausgehandelt werden. Diese sind näher bei der Realität als staatlich festgelegte Mindestlöhne.

Sie fordern also keine staatlichen Mindestlöhne?

Gesetzliche Mindestlöhne machen in Branchen Sinn, für die kein allgemeinverbindlicher oder überhaupt kein Gesamtarbeitsvertrag besteht. Wird in einer Branche wiederholt Lohndumping festgestellt, kann die Regierung einen Normalarbeitsvertrag mit Mindestlohn erlassen. Damit kann auch die Bereitschaft der Arbeitgeberseite erhöht werden, mit uns einen Gesamtarbeitsvertrag auszuhandeln. Generelle gesetzliche Mindestlöhne lehnen wir ab.

Warum?

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist der kleinste gemeinsame Nenner und macht vielleicht höchstens für eine Niedriglohnbranche Sinn. Wir haben jetzt gerade einen Fall, bei dem das Ausländer- und Passamt Grenzgängerbewilligungen erlässt mit Löhnen, die weit unter den branchenüblichen Mindestlöhnen liegen. Das Amt begründet dies damit, dass die allertiefsten Mindestlöhne unter 3000 Franken liegen. Das trifft



aber gerade noch für eine Hilfskraft bei einem Coiffeur zu. Diese gibt es im ganzen Land aber gar nicht.

Das ist also eine Art Existenzminimum?

Ja, und es liegt bei 2600 Franken brutto. Praktisch alle gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne liegen aber bei 3250 Franken und darüber. Bei einem gesetzlichen Mindestlohn besteht die Gefahr, dass er bei einem solchen Existenzminimum fixiert wird. Das wäre im Lohndumping-Bereich und dann nützt er nichts. Von den 2600 Franken kann auch eine Einzelperson ohne Familie bei uns nicht leben.

Kritiker sagen, durch branchenspezifische Mindestlöhne gehen Arbeitsplätze verloren. Würden Sie das in Kauf nehmen?

Das stimmt in meinen Augen überhaupt nicht. Das ist ein ultra-neoliberaler Satz. Ein Mindestlohn ist kein Jobkiller. Er ist nur dann ein Jobkiller, wenn er viel zu hoch oder zu tief angelegt ist. Aber es wäre ein Witz zu sagen, dass jene Löhne, die wir mit den Arbeitgebern gemeinsam festlegen, zu hoch sind. Der Arbeitgeber gibt uns nicht zu viel. Wir sind gegen Lohndumping und

Wettbewerbsverzerrung. Es gibt mehr als genug neutrale Studien, die zeigen, dass Mindestlöhne in einem vernünftigen Rahmen keine Jobkiller sind, sondern Arbeitsplätze erhalten werden. Wäre der Mindestlohn viel zu hoch, würden arbeitsintensive Produktionsteile ins Ausland verlagert. Ist der Mindestlohn viel zu tief angesetzt, können gerade bei uns im ganzen Land vermehrt Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern als

beitsplätze erhalten werden. Wäre der Mindestlohn viel zu hoch, würden arbeitsintensive Produktionsteile ins Ausland verlagert. Ist der Mindestlohn viel zu tief angesetzt, können gerade bei uns im ganzen Land vermehrt Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern als

«Es hat schon Zeiten gegeben, in denen uns die Regierung sagte, wir sollen einfach Personal abbauen. Wir sind aber keine Pseudo-Gewerkschaft.»

Sigi Langenbahn, Präsident des LANV

Grenzgänger eingesetzt werden – auch das ist ein Jobkiller. Dann kann ein Inländer nicht mehr für dieses Geld arbeiten und die Gefahr ist gross, dass ohne Mindestlöhne gerade im Niedriglohnbereich Jobs grosszügig mit Grenzgängern besetzt werden.

Quantitativ gibt es offenbar mehr Studien, die besagen, dass Arbeitsplätze durch Mindestlöhne verloren gehen. Das sehe ich nicht so. Wo steht das?

In einem Beitrag der «NZZ» zu Mindestlöhnen ...

... und im «Tagesanzeiger» würde es wahrscheinlich wieder anders stehen (lacht). Man darf nicht vergessen, dass es sehr viele Auftragsstudien von Arbeitgebern gibt. Der Lobbyismus ist sehr stark. In erster Linie muss differenziert werden zwischen gesetzlichen und sozialpartnerschaftlichen Mindestlöhnen, zwischen vernünftigen und zu hoch oder zu tief angesetzten, die durchaus negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben. Warum sollte der Mindestlohn ein Jobkiller sein, wenn doch die meisten Länder in Europa zwischen Arbeitgeber- und Arbeitsnehmerverbänden vereinbarte gesamtarbeitsvertragliche Mindestlöhne haben?

Die Arbeitnehmerrechte im Land sind im Vergleich zu Europa schwach.

Das Problem ist, dass die vergangenen Regierungen das schwache Arbeitnehmerrecht immer als liberal und damit als Standortvorteil für die Unternehmensansiedlung propagiert haben. Grundsätzlich finde ich das nicht gut, da wir einige Branchen ohne Gesamtarbeitsvertrag haben, in denen vermehrt Grenzen überschritten werden. Der gesetzliche Arbeitnehmerschutz hat zu viele Lücken, die ausgenutzt werden, Tendenz steigend. Generell kann in Ländern mit starken Sozialpartnerschaften der gesetzliche Rahmen rudimentärer sein. Genau deshalb sollten wirtschaftsliberale Regierungen starke Sozialpartnerschaften unterstützen.

Zuletzt prangerte der LANV einen Fall an, bei dem es um Dumpinglöhne in der Finanzbranche geht. Nimmt dies in dieser Branche zu?

Das kommt tatsächlich immer öfters vor. Noch vor einigen Jahren hatten wir kaum Beschwerden. Heute können auch in diesem Sektor unglaubliche Sachen passieren. Eine Vermögensverwaltungsfirma hat immer wieder hoch qualifiziertes Personal aus dem Osten zu verheerenden Bedingungen bezüglich Unterkunft und Lohn rekrutiert. Vor ein paar Jahren noch wären Dum-

STECKBRIEF

Name: Sigi Langenbahn
Funktion: Präsident des LANV
Jahrgang: 1963
Karriere: Langenbahn absolvierte eine Erstausbildung als Maschinenzeichner bei der Hilti AG. Nach einer berufsbegleitenden Matura folgte eine Ausbildung als Bootsbauer in Southampton, England. Er studierte Geografie und Ethnologie an der Uni Zürich. Einige Jahre war er in der Montagearbeit als Führungskraft tätig. Seit 2002 ist er Präsident des LANV.

Privates: verheiratet, zwei erwachsene Kinder.

Das Unternehmen: Der ArbeitnehmerInnenverband LANV vertritt als Gewerkschaft die Interessen seiner Mitglieder sowie aller Arbeitnehmer. Er setzt sich besonders für faire Löhne ein, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Bezug auf Arbeit, Lohn, Ausbildung, Familie und Gesellschaft. Er fordert mehr Ferien ab 50 und einen 13. Monatslohn für alle.



pinglöhne um die 3000 Franken im Treuhandssektor unvorstellbar gewesen.

In welcher Branche sehen Sie einen besonders grossen Missstand?

Es wäre nicht fair zu sagen, in einer Branche ist der Missstand besonders gross. Schwarze Schafe gibt es in jeder Branche. Wir haben schon einige Male betont, dass die Unterschiede in der Gastronomie sehr gross sind. Im IT-Bereich hatten wir es mit einer Firma zu tun, die Fachkräfte aus Spanien zu massiven Dumpinglöhnen rekrutiert hat. Die Betroffenen erkennen meist zu spät, dass sie über den Tisch gezogen werden. Auch im Handwerk gibt es immer wieder Firmen, die komplett aus der Reihe tanzen und höchst fantasievoll versuchen, an günstige Mitarbeiter zu kommen. Das ist natürlich nie von langer Dauer. In der häuslichen Pflege hatten wir im letzten Jahr zwei, drei Frauen, die vor die Wahl gestellt wur-

Sigi Langenbahn kämpft für faire

Löhne, lehnt dabei aber einen generellen staatlichen Mindestlohn ab. Er kann es nicht leiden, wenn sich Branchenvertreter nicht mal mit ihm an einem Tisch setzen wollen – wie aktuell der Hotellerie- und Gastronomieverband. Bilder: Tatjana Schnalzer



den: Entweder für weniger arbeiten oder sie werden von einer Pflegerin aus dem Osten ersetzt. Man kann aber auf keinen Fall pauschal von einer ganzen Branche sprechen.

Stösst der LANV besonders in der Gastronomie auf taube Ohren?

Es gibt in der Gastronomie zwei Verbände. Wir konnten mit einem davon einen fairen, zeitgemässen GAV aushandeln. Der andere Verband will erst gar nicht mit uns reden.

Welcher Verband ist das?

Der Hotellerie- und Gastronomieverband. Ich habe noch nie mit dem Präsidenten sprechen können. Dabei gibt es noch keinen Präsidenten einer Arbeitgeberorganisation, mit dem wir nicht reden konnten, wenn es angebracht war.

Neben dem Kampf gegen Lohndumping hat sich der LANV auch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Fahne geschrieben. Flexible Kinderbetreuung und bezahlte Elternzeit sehen Sie als Lösung?

Ganz klar. Das zeigen auch Studien aus umliegenden Ländern, die sich schon länger damit befassen. Mir ist natürlich klar, dass es für kleinere Firmen schwieriger ist. Aber es gibt flexible Systeme. Unternehmen müssen sich einfach damit beschäftigen und nicht alles mit dem Argument «es geht einfach nicht» abschmettern.

Welche flexiblen Systeme wären das?

Wenn ich sämtliche Aussagen der Wirtschaftskammer in den letzten Jahren anschau, dann heisst es immer, Elternurlaub könne der kleinere Arbeitgeber einfach nicht stemmen. Zuerst waren drei Monate unbezahlt schon unmöglich. Als er von drei auf vier Monate angehoben wurde, hiess es, drei Monate gingen gerade noch, vier liegen nicht mehr drin und bezahlt erst recht nicht. Wir haben nie gesagt, dass der Arbeitgeber den Elternurlaub finanzieren muss. Wir haben die Familienausgleichskasse vorgeschlagen, in den umliegenden Ländern gibt es andere Lösungen wie steuerliche Massnahmen. Zudem muss Elternurlaub nicht am Stück bezogen werden. Er kann auch in Teilzeit über drei Jahre verteilt werden. Damit können saisonale Schwankungen und weitere branchen- oder betriebsspezifische Eigenschaften genutzt werden, womit der Elternurlaub zur Win-win-Situation wird.

Sie alle machen das mit wenig Budget. Der LANV steckt in den roten Zahlen. Warum?

Einmal, weil wir zu wenig Mitglieder haben. Wir sind zum Teil selbst schuld. Der LANV hat über lange Zeit sämtliche Dienstleistungen für alle gratis erbracht. Früher war es so, dass Gesamtarbeitsverträge (GAV) nur für Mitglieder wirksam waren. Heute gelten sie auf Arbeitnehmerseite für alle. Wir wollten das auch so, weil wir keine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Arbeitnehmern wollten. Über viele Jahre zahlten die Arbeitnehmenden jährlich einen geringen GAV-Beitrag. Heute haben wir eine derartige Vereinbarung mit der LIHK. Alle Sektionen der Wirtschaftskammer hingegen haben die Vereinbarungen schon vor Jahren gekündigt, um uns zu schwächen. Lediglich die Gastronomie konnten wir von der Notwendigkeit dieses Beitrags wieder überzeugen. Insbesondere bei den allgemeinverbindlichen GAV ist dies nicht tragbar, weil wir uns dort genau wie in der Schweiz vom Gesetz her zum Vollzug verpflichtet sehen. Obwohl die Regierung ein Entschädigungssystem befürwortet hat, stellt sich die Wirtschaftskammer dagegen.

Müssen Sie um das Überleben des LANV bangen?

Nein, ich denke nicht. Aber es hat schon Zeiten gegeben, in denen uns die Regierung sagte, wir sollen einfach Personal abbauen. Wir sind aber keine Pseudo-Gewerkschaft. Wir hocken nicht da und unterschreiben, was der Arbeitgeber will. Wir machen Gewerkschaftsarbeit und wenn wir das nicht mehr können, machen wir dicht. Dann sähe man in Liechtenstein relativ schnell, was passiert. Ohne Sozialpartnerschaft wäre der Staat gezwungen, gesetzliche Mindestlöhne einzuführen.